

Wohnungswirtschaft gegen Mietenstopp

Der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft hält die Begrenzung der Mieten der Nassauischen Heimstätte für falsch. „Es ist für die Politik immer einfacher, die Mieten zu deckeln, als dafür zu sorgen, dass neu und bezahlbar gebaut wird“, sagte der Verbandsdirektor Axel Tausendpfund gestern bei einer Tagung auf dem Campus Westend. Unter dem Titel „Frankfurt Rhein-Main baut“ fand dort ein Kongress statt, zu dem auch der Regionalverband und der BFW-Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen eingeladen hatten.

Tausendpfund meint, dass auch die niedrige Modernisierungsumlage von sechs Prozent für Wohnungen der Heimstätte nur finanzierbar sei, solange die Zinsen günstig sind. Andernfalls müsse die energetische Sanierung der Siedlungen eingeschränkt werden. Außerdem sei ein Anteil von 40 Prozent für geförderte Wohnungen in Frankfurt zu hoch, weil die soziale Mischung in den Quartieren leide. Um die entgangenen Erlöse zu kompensieren, müssten die Neubau-Mieten im frei finanzierten Bestand angehoben werden.

„Der Mittelstand bezahlt es“, äußerte Thomas Horn, Direktor des Regionalverbands. Er warb für seinen Vorschlag, rund um das Main-Taunus-Zentrum ein interkommunales Wohngebiet zu entwickeln. Weil die Verdichtung der Kommunen in der Region an ihre Grenzen stoße, müssten auch neue Baugebiete auf der grünen Wiese entwickelt werden. Gerald Lipka, Geschäftsführer des BFW, hält es für wichtig, dass im Landesentwicklungsplan stärker nach Regionen differenziert wird und im Ballungsraum mehr Entwicklungen im Außenbereich zugelassen werden. „Wir müssen heute schon an die nächste Generation denken“, sagte er.

Ein Hemmnis bei der Bautätigkeit ist laut Tausendpfund die schlechte Personalausstattung in den Bauämtern. „Die Kommunen kommen mit Genehmigungen kaum hinterher.“ Er rät den Gemeinden, enger mit externen Projektsteuerern zusammenzuarbeiten, die die Bauleitplanungen und Genehmigungen für größere Vorhaben vorbereiten könnten. *rsch.*